

Wir wollen den vom Hochwasser betroffenen Menschen schnell und zuverlässig helfen.

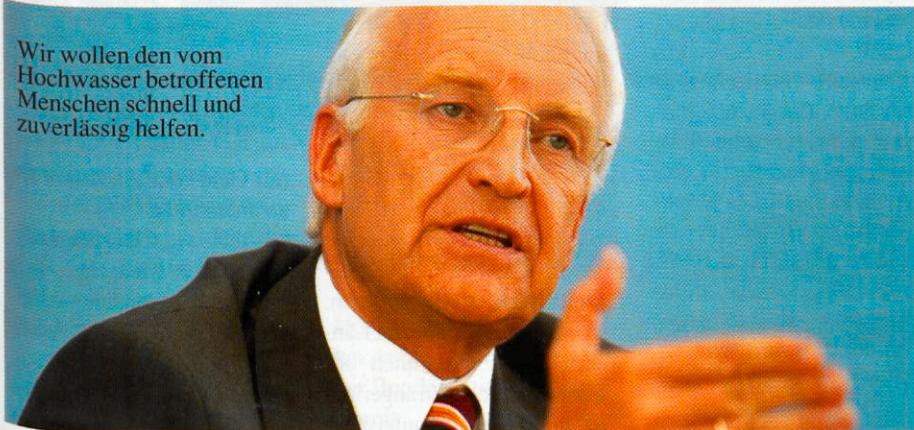


Foto: Laurence Chaperon

EDMUND STOIBER:

## Die Flutopfer erhalten Sicherheit über die Höhe des Hilfsfonds

„Jetzt müssen wir über die Parteigrenzen hinweg ein auf mehrere Jahre angelegtes Hilfsprogramm auf den Weg bringen.“

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, hat der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, den

Opfern der Hochwasserkatastrophe die solidarische Hilfe ganz Deutschlands zugesagt. Mit insgesamt 10 Milliarden Euro soll den Menschen geholfen werden. Darin ist die Opposition mit der Bundesregierung einig.

Gleichzeitig machen CDU und CSU aber deutlich, dass Steuererhöhungen genau das falsche Signal wären. (Seite 3)

### INHALT

#### HOCHWASSERHILFE

Edmund Stoiber: Steuererhöhungen sind das falsche Signal. Unser Finanzierungskonzept ist der bessere Weg

SEITE 3 - 6

#### SONNTAGSFRAGE

Die Union liegt weiterhin vorne

SEITE 6

#### DOKUMENTATION

An der großen Mehrheit der Langzeitarbeitslosen geht das Konzept vorbei. *Rapid Response* auf den SPD-Beschluss zum Hartz-Papier

■ Für einen nationalen Kraftakt ohne Steuererhöhungen. Flugblatt zur Flutkatastrophe (Seite 7) ■ Edmund Stoiber: Alle Bürger sind jetzt aufgerufen zu helfen. Besuch der Hochwassergebiete in Sachsen und Sachsen-Anhalt (Seite 9) ■ Angela Merkel: Damit es wieder aufwärts geht. Auftakt des Landtagswahlkampfes der CDU Mecklenburg-Vorpommern (Seite 10–11) ■ Testimonials: „Ich will, dass Edmund Stoiber Bundeskanzler wird, weil...“ (Seite 12–13) ■ Angela Merkel zum Hartz-Papier: Dokument des Versagens – vier Jahre Arbeitsmarktpolitik verloren (Seite 14) ■ Katharina Reiche zur Shell-Studie „Jugend 2002“: Junge Frauen bestimmen den Trend (Seite 16–17) ■ Ehrenamtskampagne „Jugend 2002“ der CDU Köln (Seite 18) ■ Parteitag der CDU Braunschweig in Salzgitter. H.-W. Ronsöhr als Landesvorsitzender bestätigt (Seite 19)

IMPRESSUM



## CDU und CSU bitten um Spenden für die Opfer

**Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,**

die schrecklichen Bilder aus den Katastrophengebieten im Osten und Süden Deutschlands lassen uns alle innehalten: Noch nie mussten in Deutschland so viele Wohnungen und Häuser evakuiert werden. Viele Menschen haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Vor allem in den neuen Ländern haben die Fluten unglaubliche Schäden angerichtet und viel Aufbauleistung wieder vernichtet.

### Nationaler Kraftakt

Jetzt ist ein nationaler Kraftakt von uns allen gefordert. Und wieder einmal stellen wir fest: Angesichts der Not reagieren viele Deutsche mit einer unglaublichen Hilfsbereitschaft. Sie zögern nicht, in die Wassergebiete zu fahren und mit anzupacken oder die Menschen



mit Geld- und Sachspenden zu unterstützen

Auch wir, CDU und CSU, wollen den Menschen über politische Maßnahmen hinaus beistehen. Deshalb haben CDU und CSU beschlossen, auf einen Teil der geplanten Anzeigen im Wahlkampf zu verzichten und mit dem so eingesparten Geld den Flutopfern zu helfen. Von der CDU kommen 200.000 Euro, von der CSU 50.000 Euro.

Jeder kann etwas tun für die betroffenen Menschen. Wir bitten Sie, leisten Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur Linderung der Not. Spenden Sie für die Opfer der Hochwasserkatastrophe.

**Angela Merkel**

**Edmund Stoiber**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelthöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

# Edmund Stoiber: Unser Finanzierungs- konzept ist der **bessere Weg**

Die Hochwasserkatastrophe der vergangenen Tage hat unzählige Menschen in Verzweiflung und Not gestürzt. Sie hat viele der kleinen Unternehmen in den Hochwassergebieten in eine wirtschaftlich fast ausweglose Situation gebracht. Die Hochwasseropfer brauchen das klare Signal der politischen Parteien: Wir lassen die Geschädigten nicht alleine.

Jetzt müssen wir über die Parteigrenzen hinweg ein auf mehrere Jahre angelegtes staatliches Hilfsprogramm auf den Weg bringen. Die Opfer der Hochwasserkatastrophe haben Anspruch auf die solidarische Hilfe ganz Deutschlands. Die Hochwasseropfer brauchen das klare Signal der politischen Parteien: Wir lassen Euch nicht im Stich. Der Staat hilft mit, die Hochwasserschäden und Verwüstungen so schnell als möglich zu beseitigen und wieder ein normales Leben zu ermöglichen.

## Nationaler Kraftakt

Wir brauchen diesen nationalen Kraftakt für rasche und wirksame Hilfen für die

ERKLÄRUNG  
VON KANZLER-  
KANDIDAT  
EDMUND STOIBER  
IM ANSCHLUSS  
AN DIE SITZUNG  
DES TEAMS  
40 PLUS AM  
22. AUGUST IM  
KONRAD-ADE-  
NAUER-HAUS

Hochwasseropfer. Wir wollen darüber keinen Streit mit der Bundesregierung führen. Damit würden wir den Problemen der Hochwasseropfer nicht gerecht werden. Wir wollen den vom Hochwasser betroffenen Menschen schnell und zuverlässig helfen.

Auch das Finanzvolumen des jetzt anstehenden Hilfspaketes von insgesamt 10 Milliarden Euro ist zwischen Regierung und Opposition unstrittig. Auch wenn das Ausmaß der Schäden jetzt noch nicht endgültig feststeht, braucht die Politik feste Planungsgrößen für das jetzt notwendige solidarische Hilfspaket. Die Hochwasseropfer brauchen jetzt eine Perspektive.

Das Finanzierungskonzept der Bundesregierung für

die Hochwasserhilfe begegnet allerdings schweren Bedenken. Denn die doppelte Verantwortung der Politik ist jetzt, den Hochwasseropfern rasch zu helfen und gleichzeitig Wachstum und Aufschwung zu stärken. Deutschland hat ein zentrales Problem: Wir müssen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes wieder herstellen und die Arbeitslosigkeit reduzieren.

## Dieser Bedingung wird die rot-grüne Steuererhöhung nicht gerecht:

Die Rücknahme einer festgelegten Steuerentlastung vier Monate vor ihrem Inkrafttreten ist defakto eine Steuererhöhung und damit sehr problematisch. In der gegenwärtigen Rezession mit einem Minuswachstum von 0,4 Prozent im ersten Halbjahr dieses Jahres darf man keine Steuern erhöhen. Einen stabilen Aufschwung erreichen wir nur wenn Verbraucher und Unternehmen auf die Konstanz und Verlässlichkeit der steuerpolitischen Rahmenbedingungen setzen können. Das Finanzierungskonzept von Schröder ist Gift

für die Konjunktur und für die Arbeitsplätze vor allem im Mittelstand. Es bremst Aufschwung und Wachstum. Das hat auch der Präsident des Deutschen Handwerks, Dieter Philipp, bestätigt, der im Falle der geplanten Steuererhöhung mit einem Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen alleine im Handwerk rechnet.

■ Der Weg über Steuererhöhungen in der jetzigen schlechten Konjunkturlage ist bereits grundsätzlich problematisch. Hinzu kommt, dass die Vorschläge der Bundesregierung sozial unausgewogen sind. Vor allem die Lohnsteuerzahler und der Mittelstand tragen die Kosten. Von den knapp 7 Milliarden Aufbauhilfe aus der Steuererhöhung sollen nach den Plänen der Bundesregierung die Lohnsteuerzahler alleine 5,6 Milliarden tragen.

---

### Steuererhöhungspläne der Regierung sozial ungerecht

Das ist eine soziale Schiefelage. Ich habe bereits in meiner ersten Reaktion die Steuererhöhungspläne der Bundesregierung wegen ihrer sozialen Ungerechtigkeit kritisiert. Denn die Kapitalgesellschaften sind bereits 2001 entlastet worden,

während Mittelstand und Arbeitnehmer auf 2003 und 2005 vertröstet wurden. Eine intensive Prüfung hat ergeben, dass es wegen der labilen konjunkturellen Situation nicht sinnvoll ist, jetzt de facto Steuererhöhungen vorzunehmen.

---

### Deshalb schlagen wir ein besseres, alternatives Finanzierungskonzept zu den rot-grünen Steuererhöhungen vor.

Wir wollen keine Steuererhöhungen, sondern den Hochwasserfonds aus verfügbaren Bundesbankgewinnen in Höhe von rund 7,7 Milliarden Euro aus dem Jahr 2001 finanzieren. Wir stellen das Geld in den von uns bereits vorgeschlagenen „Sonderfonds Flutkatastrophe 2002“ ein. Außerdem tragen wir die von der Bundesregierung geplanten Umschichtungen im Verkehrshaushalt zugunsten der vom Hochwasser betroffenen Gebiete und die Haushaltssperre mit. Zusammen mit den von der EU in Aussicht gestellten Mitteln von rund 1,2 Milliarden Euro stehen nach unserem Finanzierungskonzept für die Hochwasserhilfen damit insgesamt rund 10 Milliarden Euro zur Verfügung.

Der Bundesbankgewinn hat im letzten Jahr eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Rekordhöhe von 11,2 Milliarden Euro erreicht. Davon sind rund 3,5 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt bereits abgeführt worden. Die verbleibenden 7,7 Milliarden Euro sollten ursprünglich Ende 2002 zur weiteren Tilgung der Lasten aus der deutschen Wiedervereinigung verwendet werden. Wir wollen diese Tilgung, die auf rund dreißig Jahre angelegt ist, für ein Jahr aussetzen und das Geld, das jetzt in voller Höhe zur Verfügung steht, zur Beseitigung der Hochwasserschäden einsetzen. Dazu werden wir das Bundeshaushaltsgesetz und das Erblastentilgungsfondsgesetz ändern. Diese Gesetzesänderungen können nach der Bundestagswahl rasch im Bundestag und im Bundesrat verabschiedet werden.

---

### Unser Finanzierungskonzept ist der bessere Weg:

■ Die Gelder stehen bereits zur Verfügung und können sofort für die Hochwasserhilfe und für den Wiederaufbau der zer-

## ANGELA MERKEL:

**Schnell und wirksam helfen**

„Priorität hat für die Union die nationale Kraftanstrengung, mit der den Hochwasseropfern jetzt schnell und wirksam geholfen werden muss.“ Angela Merkel bekräftigt die Dringlichkeit dieser Sofortmaßnahme. Aber sie weist wie Stoiber darauf hin, dass CDU und CSU bei der Entscheidung, die sie gemeinsam getroffen haben, auch die Bedingungen zu berücksichtigen hatten, die steigende Arbeitslosenzahlen und lahmende Konjunktur stellen. Deshalb kein Drehen an der Schraube, sondern Finanzierung des „Sonderfonds Flutkatastrophe 2002“ mit 7,7 Milliarden Euro aus dem Bundesbankgewinn, der im letzten Jahr die Rekordhöhe von insgesamt 11,2 Milliarden erreicht hat. Der große Vorteil dieser Lösung: „Das Geld zugunsten der Geschädigten fließt noch in diesem Jahr.“

## FRIEDRICH MERZ:

**Gleichzeitig zwei Ziele**

Als völlig falschen Weg hat auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Finanzierung der Hochwasserhilfe aus Staatseinnahmen bezeichnet, die ein Abschieben der von Rot-Grün versprochenen Steuersenkung im nächsten Jahr verfügbar machen würden. Friedrich Merz: „Die Union muss gleichzeitig zwei Ziele verfolgen: ■ den von den Fluten betroffenen Menschen sofort helfen und ■ in Deutschland wieder Wachstum und Beschäftigung schaffen.“ Damit die Hilfe, die im Augenblick vor allem anderen Vorrang hat, nicht verzögert wird, machte Merz für die Bundestagsfraktion die Zusage, die notwendigen Beschlüsse im Bundestag unverzüglich herbeizuführen und alle drei Lesungen an einem Tag vorzunehmen, damit unmittelbar danach auch der Bundesrat seine Zustimmung geben kann.

störten Infrastruktur eingesetzt werden. Bei dem von der Regierung vorgeschlagenem Modell stehen die Hilfgelder in den öffentlichen Haushalten erst im Laufe des Jahres 2003 zur Verfügung, weil dann erst die Steuermehreinnahmen eingehen. Dann wäre es aber für viele Gewerbebetriebe, die jetzt neue Maschinen oder eine neue Ladenausstattung brauchen, viel zu spät.

■ Unser Finanzierungs-konzept ist im Gegensatz zum Schröder-Konzept

konjunkturunabhängig. Der verfügbare Bundesbankgewinn in Höhe von rund 7,7 Milliarden Mark steht unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung verlässlich zur Verfügung. Ob Schröder mit dem Aussetzen der Steuerentlastung tatsächlich den erhofften Betrag an Steuer-geldern einnimmt, ist unsicher und hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahr ab, die noch zusätzlich durch die Steuererhöhung abge-würd würde.

■ Schon bisher wurde der Bundesbankgewinn zur Tilgung der Lasten aus der deutschen Wiedervereinigung verwendet. Jetzt haben wir eine neue Situation: Wir müssen vor allem im Osten nach den Zerstörungen durch die Flutwellen durch das Hochwasser den Aufbau Ost zum Teil noch einmal neu anpacken. Deshalb investieren wir mit Mitteln, die ohnehin für die Bewältigung der deutschen Einheit bestimmt sind, jetzt in die Beseiti-

Institut	Allensbach	Emnid	Forsa	ForschGr Wahlen	Infratest- dimap
	21.08.02	22.08.02	22.08.02	23.08.02	23.08.02
<b>Union</b>	<b>39,7%</b>	<b>40%</b>	<b>40%</b>	<b>39%</b>	<b>41%</b>
<b>SPD</b>	31,9%	34%	36%	38%	36%
<b>Grüne</b>	6,7%	6%	7%	7%	7%
<b>FDP</b>	12,8%	9%	8%	9%	8%
<b>PDS</b>	5,6%	6%	5%	4%	4%
	CDU/CSU/FDP: 52,5 SPD/GRÜ/PDS: 44,2	CDU/CSU/FDP: 49 SPD/GRÜ/PDS: 46	CDU/CSU/FDP: 48 SPD/GRÜ/PDS: 48	CDU/CSU/FDP: 48 SPD/GRÜ: 45	CDU/CSU/FDP: 49 SPD/GRÜ: 43

Die Antworten auf die Sonntagsfrage zeigen: Die Union liegt auch weiterhin vorne. Für CDU und CSU gilt nach wie vor: Wir müssen mit allen zur Verfügung stehenden Kräften kämpfen.

Zeit für Taten.



gung der Schäden im Aufbau Ost.

Nach Aussagen der Experten führt unser Konzept nicht zu einem Überschreiten der Drei-Prozent-Hürde von Maastricht. Die Gelder werden nur in dem Umfang Maastricht-relevant, in dem sie tatsächlich ausgegeben werden. Der Hilfsfonds muss nach Einschätzung des hauptbetroffenen Landes Sachsen und seines Ministerpräsidenten Milbradt sofort anlaufen und für einen mehrjährigen Zeitraum zur Verfügung stehen. Wenn Deutschland Ende des Jahres den Blauen Brief aus Brüssel kassiert, dann hat das ausschließlich mit der falschen Haushalts- und

Wirtschaftspolitik von Rot-Grün zu tun. Zudem sind nach dem Stabilitäts-pakt die allgemeine Finanz- und Haushaltspolitik sowie Finanzhilfen für Katastrophenfälle getrennt zu sehen.

Wenn die Bundesregierung einlenkt, dann kann unser Konzept noch vor der Bundestagswahl umgesetzt werden. Wenn es bei den Plänen der jetzigen Regierungsmehrheit bleibt, dann stellen wir uns nicht quer und lassen die rot-grünen Gesetzentwürfe passieren.

Allerdings werden wir nach der Bundestagswahl unser besseres Finanzierungskonzept für die Hochwasserhilfen rasch umset-

zen und die rot-grüne Steuererhöhung wieder rückgängig machen.

### Ich halte fest:

- Die Union sagt Ja zum solidarischen Kraftakt.
- Die Union sagt Ja zur Umsetzung des Hilfspakets über 10 Milliarden Euro. Darauf ist Verlass.
- Allerdings wird die Union nach einem Wahlsieg ein besseres Finanzierungskonzept durchsetzen. Mit der Union wird es anders als mit Rot-Grün zum 1. Januar 2003 Steuersenkungen für Arbeitnehmer und Mittelstand geben.



# Für einen nationalen Kraftakt ohne Steuererhöhungen

## CDU und CSU wollen ein nationales Hilfsprogramm für die Beseitigung der katastrophalen Hochwasserschäden.

Die Regierung will die Hilfe mit Steuererhöhungen finanzieren: Die für den 1. Januar 2003 beschlossenen Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Mittelstand sollen entfallen.

**Wir halten diese von Rot-Grün vorgesehenen Steuererhöhungen für falsch. Denn sie sind Gift für Wachstum und Arbeitsplätze.**

Deutschland hat über 4 Millionen Arbeitslose, ist das Schlusslicht beim Wachstum in der EU und verzeichnet mit voraussichtlich 40 000 Unternehmenspleiten in diesem Jahr einen traurigen Rekord. Handwerkspräsident Dieter Philipp befürchtet den Verlust von bis zu 200 000 Arbeitsplätzen allein im Handwerk durch den Wegfall von Steuerentlastungen zum 1. Januar 2003.

Aber die betroffenen Menschen brauchen jetzt Klarheit über die Hilfe. Deshalb werden wir Beschlüsse von Rot-Grün über die Finanzierung der Hochwasserhilfe nicht verhindern. Denn CDU und CSU haben derzeit keine Mehrheit im Deutschen Bundestag, um ihr Konzept durchzusetzen.

Unmittelbar nach der Wahl am 22. September werden wir die Finanzierung des Hilfsfonds durch Steuererhöhungen für Arbeitnehmer, Mittelstand und Kapitalgesellschaften zurücknehmen und unser besseres Finanzierungskonzept umsetzen.

### Was wir wollen:

- Verwendung des sofort verfügbaren Bundesbankgewinns in Höhe von 7,74 Milliarden Euro. Damit wird ein Sonderfonds „Flutkatastrophe 2002“ gebildet. Das werden wir gesetzlich regeln. Dieses Geld steht im Unterschied zum Konzept der rot-grünen Bundesregierung sofort, verlässlich und ausschließlich zur Regulierung der Flutschäden zur Verfügung. Dagegen sind die Mittel aus der Steuerreform im vollen Umfang erst Ende 2003 und danach abrufbar.
- Die Mittel aus Haushaltssperre, EU-Unterstützung, Umschichtungen und Bundesbankgewinn sollen alleinige Finanzierungsquellen sein, zusätzliche steuerliche Belastungen werden nicht vorgenommen.

**Mit dem Konzept von CDU und CSU wird ein nationales Wiederaufbauprogramm realisiert. Gleichzeitig schaffen wir die Voraussetzungen, damit es in Deutschland wieder aufwärts geht.**

Zeit für Taten.



GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

# Die Bundesregierung verschwendet rechtswidrig Steuergelder

**Zu den vielen deutschen Tageszeitungen und Wochenmagazinen beigelegten Werbebriefen und -broschüren der Bundesregierung erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:**

Dieser Vorgang ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. 32 Tage vor der Bundestagswahl greift die Bundesregierung noch einmal tief in die Taschen der Steuerzahler, um auf deren Kosten Wahlwerbung zu betreiben. Damit setzt sich Rot-Grün über höchstrichterliche Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts hinweg, das Werbung einer Regierung so kurz vor der Wahl verboten hat.

Dieser Missbrauch an Steuergeldern ist in höchstem Maße unanständig. Es offenbart, dass der Schröder-Regierung jedes Mittel recht ist, um an der Macht zu bleiben.

Allein die jüngste Kampagne kostet die Bürger mehr als drei Millionen Euro an Steuergeldern. Da ist es kein Wunder, dass sich angesichts solcher Unverfrorenheit Resignation in der Bevölkerung breit macht, nach dem Motto:

„Die Flutopfer warten auf Hilfe, aber für Eigenwerbung werfen sie Millionen aus dem Fenster.“

Das Verhalten der Bundesregierung beschädigt die politische Kultur und ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Ich fordere den Bundeskanzler auf, sich für diesen Missbrauchsakt öffentlich zu entschuldigen. Die SPD und die Grünen müssen die Millionen aus ihrer Wahlkampfkasse an den Staat zurückzahlen.

ECKART VON KLAEDEN:

## Massive Wahlbeeinflussung

**Zum selben Thema der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

So dreist war noch keine Bundesregierung: Einen Tag nach der von Bundesfinanz-



minister Eichel verhängten Haushaltssperre und der angekündigten Verschiebung der Steuerentlastung für Familien, Arbeitnehmer, kleinere und mittlere Betriebe verschleudert die Bundesregierung über 2,6 Millionen Euro für eine verfassungswidrige Postwurfsendung zum Zuwanderungsgesetz. Dies zu einer Zeit, da ganz Deutschland darüber nachdenkt, wie den Flutopfern geholfen werden kann!

Vier Wochen vor der Bundestagswahl ist eine solche massive Beeinflussung des Wählers durch die Regierung ein glatter Verstoß gegen das Grundgesetz.

**SPENDENKONTEN:** ■ **Caritas International**, Stichwort: Hochwasser, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 660 205 00, Kto. 202 ■ **Deutsches Rotes Kreuz**, Stichwort: Nachbarn in Not, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00, Kto. 41 41 41, ■ **Diakonisches Werk**, Stichwort: Hochwasser, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Kto. 502 707 ■ **Die Johanniter**, Stichwort: Hochwasser, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Kto. 88 88 ■ **Malteser Hilfsdienst**, Kennwort: Flut, Deut-

# Edmund Stoiber: Alle Bürger sind jetzt aufgerufen zu **helfen**

**Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber hat am 16. August die Hochwassergebiete in Sachsen und Sachsen-Anhalt besucht, um sich ein eigenes Bild von der Katastrophe zu machen. „Einmal sehen ist besser als tausend Mal lesen“, sagte der bayerische Ministerpräsident vor seinem Flug über die Hochwasser-Krisenregion im Raum Dresden.**

Der bayerische Ministerpräsident machte deutlich, dass die Hochwasserkatastrophe nicht das alleinige Problem von Sachsen oder Sachsen-Anhalt sei, sondern ein Problem ganz Deutschlands.

## Alle Bürger zur Hilfe aufgerufen

Alle Bürger, die das Hochwasser verschone, seien jetzt aufgerufen, zu helfen. „Wir müssen deutlich ma-

chen: Wir sind ein Land, wir sind ein Volk“, sagte Stoiber.

Nach einer Besprechung beim Katastrophenstab in Dresden besuchte Stoiber auch einige der rund 2000 bayerischen Rettungskräfte, die in der sächsischen Landeshauptstadt gegen die Flut ankämpfen. Der sächsische Ministerpräsident Georg Mil-

bradt versicherte, die Zusammenarbeit mit den Helfern aus anderen Bundesländern funktioniere hervorragend: „Wir müssen uns bei allen bedanken, die so schnell und unkompliziert geholfen haben.“

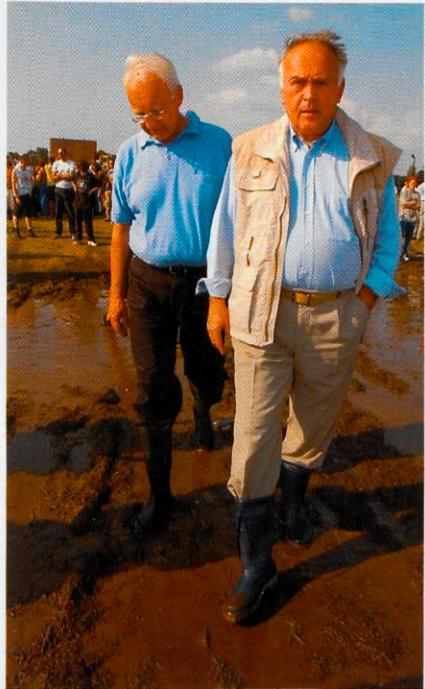


Foto: dpa

Am Nachmittag besuchte Edmund Stoiber auch die Katastrophenregion rund um das sachsen-anhaltinische Bitterfeld und traf dort mit dem Ministerpräsidenten des Landes, Wolfgang Böhmer, zusammen.

sche Bank 24, BLZ 370 700 24, Kto. 120 120 120 ■ **Stadtsparkasse Dresden**, Kto.-Nr.: 348 0351 00, Blz.: 85055142, Kennwort: Flutkatastrophe, Empfänger: Freistaat Sachsen ■ **Dresdner Bank Dresden**, Kto.-Nr.: 0405512300, Blz.: 850 800 00, Kennwort: Flutkatastrophe, Empfänger: Freistaat Sachsen ■ **Bayerische Landesbank München**, Kto.-Nr.: 820 00, BLZ 700 500 00, Kennwort: „Hochwasserhilfe Bayern“, Empfänger: Bayerische Staatsregierung

[http://](http://www.cdu.de)  
 Rot-Grün ist noch weit von einer zukunfts-fähigen Klimaschutzpolitik entfernt. Eine Ausarbeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle:  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)



Auftakt des Landtagswahlkampfs der AC<sup>DU</sup> Mecklenburg-Vorpommern mit Angela Merkel und Eckhardt Rehberg am 16. August in Stralsund: Die Parteivorsitzende besucht die Stadt, die zu ihrem Bundestagswahlkreis gehört, auf ihrer dreiwöchigen Wahlkampf tour durch Deutschland, der CDU-Landesvorsitzende kommt, um mehr als tausend Anhänger seiner Partei, die sich im Stralsunder Zoo versammeln, für das Rennen um die Regierungsmacht in Schwerin zu motivieren.

Umfragen sehen die CDU vorn, Angela Merkel bestätigt Fragen nach den Chancen mit einem klaren „Und ob, die haben wir“, und auch Eckhardt Rehberg geht von einem Wahlsieg der CDU in Mecklenburg-Vorpommern aus.

**Angela Merkel:  
Damit es  
wieder auf-  
wärts geht**

30.000 meist junge Menschen haben in den letzten drei Jahren, in denen Harald Ringstorff (SPD) zusammen mit der PDS im Schweriner Schloss regiert, dem Land den Rücken gekehrt. Wenn das keine Wahl-Entscheidung ist! Und etwa kein deutliches Signal für die Notwendigkeit eines Politik-Wechsels!

Wenn der heute noch regierende Arbeitsminister Helmut Holter (PDS) mit einem finanziellen Einsatz von 35 Millionen Euro nicht mehr als 840 Beschäftigte schafft, dann ist etwas faul unter der jetzigen Regierung, um die Investoren offenbar große Bogen machen.

„Selbst wenn die Tarife nicht sofort auf Westniveau angehoben werden können“, müsse – so Rehberg – eine Bezahlung her, die junge Leute zum Bleiben veranlasst. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dagegen: nur für Ältere und mindestens ein Jahr lang, damit die Teilnehmer einer Weiterbildung nicht acht Wochen lang nur Strichmännchen machen.



Bildungspolitik steht im Mittelpunkt der Rede Merkels und ihr dringender Appell, dafür zu sorgen, dass nach dem 22. September auf diesem Feld wieder die CDU das Sagen hat. „Ideologischen Quatsch der SPD“ nennt sie z.B. das 13-Jahre-Abi und wirbt für die um ein Jahr kürzere Schullaufbahn, wie Sachsen, Thüringen und demnächst auch Sachsen-Anhalt sie praktiziert.

Damit sich Leistung wieder lohnt, wird die CDU die Steuern senken. Sie wird Zuverdienste bis zu 400 Euro ohne Steuern zulassen und ein Familiengeld für alle einführen. Angela Merkel: „Damit es in Deutschland wieder aufwärts geht.“





*... ich mich sonst um unsere Zukunft Sorge!*

Peter Bausenhardt



*... er das besser umsetzbare wirtschaftliche Konzept, vertritt.*

Stefan Beckers



*...er Deutschland wirtschaftlich so stark machen kann, wie es jetzt schon in Bayern der Fall ist.*

Anja Eisold



*... er einfach bessere Konzepte und er mehr Vertrauen bei den Bürgern hat.*

Andreas Fink

# Ich will, dass Edmund Stoiber Bundeskanzler wird, weil...



*... ich der Meinung bin, dass er das Zeug dazu hat.*

Ralf Fischer



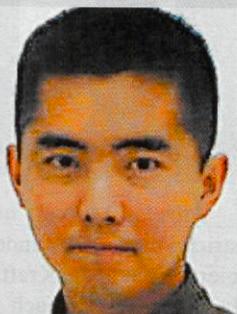
*... Deutschland endlich wieder einen verantwortungsbewussten Mann an der Spitze braucht.*

Jeanette Gaedke



*... es an der Zeit ist, dass Deutschland die rote Laterne abgibt.*

Franz Xaver Geis



*... er die Integration der Zuwanderer wirklich fördern will.*

Satoshi Machii



*... er Deutschland in Europa besser repräsentieren kann.*

Li Herr



*... er sich so gibt, wie er ist. Er verzichtet auf effekthaschende Auftritte. Er ist ein Mann der Taten.*

Max Hirt



*... ich Respekt vor seiner Leistung als bayerischer Ministerpräsident habe.*

Gerhard Ilg



*... er ein Garant für die christlichen Grundwerte ist.*

Florian Zach



*... Deutschland in Europa wieder vorne dabei sein soll.*

Harry Kunte

## [www.pro-stoiber.cdu.de](http://www.pro-stoiber.cdu.de)

Wie die hier abgebildeten Bürgerinnen und Bürger unterstützen auch zahlreiche Internet-Aktivitäten Edmund Stoiber und die Union im Bundestagswahlkampf. Einige der wichtigsten Domains haben wir zusammengestellt: ■ @mund-wahlen.de ■ stoiber-wird-bundeskanzler.de ■ initiative-stoiber.de ■ jugend-fuer-stoiber.de ■ studenten-fuer-stoiber.de ■ eifel-waehlt-stoiber.de ■ stoiber-wen-stonst.de ■ jungfrauenfuerstoiber.de ■ aufschwung-mit-stoiber.de

**Machen Sie mit! Unterstützen auch Sie die Union und unsern Kanzlerkandidaten!**



*... dann endlich in Deutschland eine vernünftige Sozial- und Arbeitspolitik gemacht wird.* Petra Teufelsberger

# Dokument des Versagens – vier Jahre Arbeitsmarktpolitik verloren

**Die Parteivorsitzende Angela Merkel hat bekräftigt, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das zentrale Thema im Regierungsprogramm der Union ist: Alles, was diesem Ziel diene, müsse in Betracht gezogen werden. Jeder Arbeitslose habe „ein Gesicht, ein Schicksal, eine Familie“.**

Das Papier der Hartz-Kommission – so die Parteivorsitzende – sei jedoch ein „Dokument des Versagens“: Unter der rot-grünen Bundesregierung habe Deutschland vier Jahre in der Arbeitsmarktpolitik verloren.

Insgesamt halte das Hartz-Papier Schröder den Spiegel vor und mache deutlich, dass Maßnahmen der Bundesregierung – wie das 630-Mark-Gesetz, das Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit und die Zunahme an Bürokratie – Schritte in die falsche Richtung gewesen seien. Die Union teile das von Peter Hartz proklamierte Ziel für weniger Staat und mehr Eigeninitiative. Allerdings werde das Kommissionspapier den eigenen An-

sprüchen nicht gerecht. Insbesondere bei der Verwaltung der Arbeitslosigkeit sehe vieles nach Verstaatlichung aus.

Die Parteivorsitzende betonte, dass in der Argumentation der Hartz-Kommission Selbstständigkeit, Unternehmertum und Existenzgründern eine viel zu geringe Rolle beigemessen werde. Dabei gehe es bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allen Dingen um eine Verbesserung der Gesamtsituation der Sozialen Marktwirtschaft. Konkret nannte Angela Merkel eine Steuerreform und eine Reform der sozialen Sicherungssysteme. Diese Aspekte greife das Hartz-Papier jedoch nicht auf. Deshalb handele es sich bei den Ergebnissen auch nicht um einen „großen Wurf, sondern bestenfalls um ein kompliziert geschnürtes Päckchen“. Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze sei die Kommission keinen Schritt weitergekommen, so dass „in der Arbeit der Kommission Ziele und Umsetzung weit auseinanderklaffen“.

Angela Merkel unterstrich, dass die Bundesregierung kaum die Kraft aufbringen werde, nach vier verlorenen Jahren die vorhandenen „guten Ansätze“ umzusetzen. Das jetzt vorgestellte „Dokument des Versagens“ zeige nur, dass Schröder zum Aktionismus als letztem Mittel greife. Er hätte vier Jahre Zeit gehabt, die Ergebnisse der Benchmarking-Kommission zu verwirklichen. Stattdessen hat seine Politik die traurige Bilanz von 40.000 Insolvenzen, 4,1 Mio. Arbeitslosen und vielen jungen Menschen ohne Lehrstellen zu verantworten.

In diesem Zusammenhang verwies Angela Merkel auf das Regierungsprogramm von CDU und CSU. Gleich nach der Bundestagswahl werde die Union damit beginnen, die Bürokratie abzubauen, eine Steuerreform und eine Reform der sozialen Sicherungssysteme vorzubereiten.

**Rapid Response zum Hartz-Papier: neben stehende Dokumentation**

**ERSTMALS** bei einer Bundestagswahl können am 22. September Blinde und Sehbehinderte ohne fremde Hilfe ihre Stimme abgeben. Wie der Bundeswahlleiter in Wiesbaden mitteilt, bieten Blindenvereine spezielle Schablonen an, die das selbstständige Ausfüllen des Stimmzettels erlauben. Die Kosten für die Herstellung der Schablonen trägt die Bundesregierung. Wer die neue Möglichkeit nutzen will, sollte sich an die Blindenvereine wenden.

**DIE CHANCEN** von Gerhard Schröder auf eine Wiederwahl als Bundeskanzler werden angesichts sinkender Umfragewerte und steigender Arbeitslosenzahlen immer schlechter. Selbst der bisher deutliche Vorsprung Schröders im Vergleich mit seinem Herausforderer schmilzt dahin. Forsa hat für die *Berliner Zeitung* die Frage gestellt: „Wen würden Sie direkt zum Kanzler wählen?“ Mit 38 Prozent erreichte Schröder den schlechtesten Wert des Jahres. Edmund Stoiber konnte zwei Prozentpunkte zulegen und verfügt nun über 31 Prozent Zustimmung.

**WENN SCHRÖDER** die Wahl am 22. September verlieren sollte, hat Unterneh-

mensberater Roland Berger dem *stern* gegenüber gesagt, werde er ihm sofort ein Angebot machen. Berger verspricht sich viel von dem dann ehemaligen Kanzler: „Als unser Partner hätte er sicher national und international große Erfolge.“ Mit „lohnende Niederlage“ kommentiert die *Süddeutsche* das interessante Angebot.

**34 BEAMTE** und Offiziere sind in der letzten Sitzung des Kabinetts Schröder vor der Sommerpause befördert worden. Während der stellvertretende Regierungssprecher die Beförderungen als „völlig normalen Vorgang“ versteht, sehen sie in den Augen der Opposition ganz nach einer „Aktion Abendsonne“ kurz vor dem Regierungswechsel aus.

**EIN BLAUER BRIEF** aus Brüssel droht wieder. In Anbetracht hoher Steuerausfälle wegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschwäche hält der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann, die Erreichung kurz- und mittelfristiger Stabilitätsziele nur noch mit Steuererhöhungen für möglich. Für höchst wahrscheinlich hält er, dass Deutschland in diesem Jahr die europäische Defizit-

Obergrenze von drei Prozent überschreitet und deshalb mit einem „blauen Brief“ aus Brüssel rechnen muss.

**EIN MASSIVER** Lehrstellenmangel zeichnet sich auf dem deutschen Ausbildungsmarkt ab. Gut 96.000 Stellen waren zwar Ende Juli noch nicht besetzt. Gleichzeitig suchen aber 209.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Die Arbeitsämter zählen sieben Prozent weniger Angebote für Auszubildende als noch vor einem Jahr.

**BERLIN** ist nach den Zahlen der Kriminalstatistik in sieben Deliktbereichen Spitzenreiter. Der Städtevergleich zeigt, dass in der Hauptstadt die Verbrecher auch brutaler vorgehen als anderswo in Deutschland. 20.478 Gewaltfälle zählen dazu. In Hamburg waren es im Vergleichszeitraum weniger als die Hälfte.

**DIE ZENTRALE** Registrierung der Fingerabdrücke aller Deutschen hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter gefordert. Eine solche Maßnahme wäre nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der Vereinigung, Holger Bernsee, ein wirksames Mittel zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. **UD**

KATHERINA REICHE:

# Junge Frauen bestimmen den Trend

„Altbürgerliche“ Werte vom „Staub“ befreit – so lautet die Einschätzung der Shell-Jugendstudie 2002. Erstellt wurde sie von Experten der Universität Bielefeld und des Instituts Infratest Sozialforschung. Den Begriff altbürgerliche Werte mache ich mir nicht zu eigen, denn diese vielfach von den Linken geschmähten Werte sind offensichtlich nach wie vor moderne Werte.

Die junge Generation weiß moderne Werte mit alten zu verbinden. Die Studie stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.515 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern. Sie wurde im Zeitraum Mitte März bis Mitte April durchgeführt und jetzt in Berlin vorgestellt.

Danach gibt es ein eigenes Gesellschafts- und Politikverständnis der jungen Generation, die sich nicht auf eine politikverdrossene Spaßgesellschaft reduzieren lässt.

**Die vier Jugendgruppen:** Hatte die jugendliche Pro-



testbewegung der 68er der Gesellschaft noch den Kampf angesagt mit dem Slogan „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“, so haben Jugendliche von heute ein unbefangenes, eher unverkrampftes Verhältnis zu Werten, Eltern und Politik. Schwerpunkt der Jugendstudie war es, politische Einstellungen und politisches Engagement von jungen Menschen, die Einstellung zu Werten, zur Demokratie und den persönlichen Lebenszielen zu hinterfragen. Danach kann die Jugend heute in vier annähernd gleich große Gruppen eingeteilt werden: in ■ pragmatische Idealisten ■ selbstbewußte Macher ■ robuste Materialisten ■ Unauffällige.

Aber anders als Jugendministerin Christine Bergmann von der SPD, die den

positiven Teil der Bilanz ausschließlich auf vier Jahre Rot-Grün zurückführt und den problematischen auf die Gesellschaft insgesamt abzuwälzen versucht, komme ich bei sorgfältiger Auswertung der Studie zu anderen Ergebnissen:

**Sonnenseite: Aufsteigen statt Absteigen!** Danach steht etwa die Hälfte der Jugendlichen eher auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft, die andere Hälfte eher auf der Schattenseite. Wie bereits in der Pisa-Studie zeigt sich, dass erstklassiger Bildung nicht nur immer mehr Bedeutung beigemessen wird, sondern Schichtenzugehörigkeit auch über Arbeitsmarkt- und Lebenschancen entscheidet.

Politisch heißt das: die Gruppe der selbstbewußten Macher wie auch der pragmatischen Idealisten langfristig mehr zu fördern, besser zu qualifizieren, ihnen mehr Verantwortung abzuverlangen.

**Schattenseite: Rückzug oder Aggression!** In der Gruppe der robusten Materialisten wie auch der Unauffälligen finden sich viele po-

tenzielle Verlierer. Sie fallen entweder durch Apathie und Resignation auf, weil sie nicht gelernt haben, ihre Interessen offensiv durchzusetzen oder – die robusten Materialisten – demonstrieren äußerlich Stärke und übertreten im Zweifelsfall bewußt soziale Regeln und Übereinkünfte. Beide Gruppen stellen die Politik vor die Aufgabe, die Defizite bei der Bildung und in der Kommunikation aufzubrechen – durch positive Anreize und Anerkennung beim Engagement. Bei den Unauffälligen kommt es darauf an, das Selbstvertrauen zu stärken. Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, ist sicherlich der beste Weg, jungen Menschen einen Platz in der Gesellschaft zu geben. Indem sie Verantwortung für sich übernehmen und Anteil am beruflichen und sozialen Leben haben, werden sie zu unabhängigen, selbstständigen und damit auch selbstbewußten Mitgliedern unserer Gesellschaft.

**Mädchen haben die Nase vorn!** Frauen gehen unterschiedlich mit alltäglichen Lebensherausforderungen um. Gerade im Bildungsbereich sind junge Frauen motivierter und erfolgreicher als die Männer – ein Ergebnis der Bildungsexpansion. Praktisch keine junge Frau

will nur noch Hausfrau und Mutter sein und vor die Entscheidung Beruf oder Familie gestellt werden.

#### **Politische Beteiligung:**

Gefragt nach den wichtigsten gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben nennen Jugendliche wie die Gesamtbevölkerung: ■ Arbeitsmarkt ■ Kinder und Familie ■ Bildung.

Die große Mehrheit sind überzeugte, aber passive Demokraten, für die Politik selbstverständlich ist, als eigene Gestaltungsaufgabe aber eher nebensächlich angesehen wird. Politik wird wahrgenommen als Bestandteil alltäglicher Lebensgestaltung von Jugendlichen. Sie ist nicht eingegrenzt auf die Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten im parlamentarischen Raum etablierter Parteien.

Die Neigung, sich an Wahlen zu beteiligen, ist unterdurchschnittlich und liegt bei den 18 bis 24-Jährigen im Schnitt um fast ein Viertel unter dem Gesamtdurchschnitt.

**Wertekanon:** Nach wie vor ungebrochen ist der Stellenwert der Familie. 75 Prozent der weiblichen und 65 Prozent der männlichen Befragten wünschen sich eine Familie. 90 Prozent kommen mit ihren Eltern gut aus, und fast 70 Prozent

möchten ihre Kinder so erziehen, wie sie es selbst zu Hause erlebt haben. Der politische Schwerpunkt der Union wird damit gestärkt.

Die oft als Sekundärtugenden geschmähten Werte wie Leistung, Fleiß, Ehrgeiz, Sicherheit und Macht liegen im Trend. Sie werden entstaubt und mit Toleranz, Kreativität und Genussfreudigkeit gepaart.

**Konsequenzen der Studie sind für mich:** ■ Überprüfen der Programme, ob sie den Gemeinsinns stärken, ■ Anreize für ehrenamtliches Engagement schaffen. Wir sollten dies als Leistungsbeurteilung von der Grundschule an im Zeugnis vermerken, ■ Modellprojekte nicht nur initiieren, sondern begleiten, auszeichnen sowie bei Erfolg verstetigen. Jugendforen bzw. -parlamente binden junge Menschen stärker an demokratische Prozesse. Sie sollten auf kommunaler Ebene verstärkt genutzt werden, um demokratische Beteiligung und Abläufe erlebbar zu gestalten.

**Alles in allem: Weder eine Jugend überzeugter, aber passiver Demokraten, noch eine Jugend, die schon zu Beginn im Abseits steht, kann uns als politisch Verantwortliche kalt lassen!** **UID**

# Richard Blömer: Unser Mobilisierungskonzept ist **aufgegangen**

**„Wir wollen Kinder und Jugendliche zu ehrenamtlicher Arbeit motivieren und ihnen Freude daran vermitteln.“**

Das war mit den Worten des Kreisvorsitzenden Richard Blömer die Absicht der Kölner CDU, als sie im Februar dieses Jahres ihre Ehrenamtskampagne unter das Motto „Jugend 2002“ stellte und für die überzeugendsten Initiativen 15 Bürgerpreise in Höhe von insgesamt 5000 Euro auslobte.

Die Beteiligung an dem Wettbewerb war außergewöhnlich groß, und am 9. Juli fand nach sorgfältiger Begutachtung der eingegangenen Projekte im Schokoladen-Museum die Preisverleihung statt. Richard Blö-

mer und Oberbürgermeister Fritz Schramma begrüßten 40 Bewerber, und Fußballstar Toni Polster überreichte einen der ersten Preise.

■ Er ging an den DJK Humboldt-Gremberg/Judo e.V. für die Einrichtung einer Bewegungssport-Gruppe für Kinder mit Integrationsproblemen. ■ Bürgermeister Josef Müller zeichnete das Angebot „Late-Night-Sport“ für die Sportjugend aus und ■ Jugenddezernent Franz-Josef Schulte die Schwestern Petra und Frauke Rossdeutscher für ihr Engagement bei Rollstuhltanz und Selbstverteidigung. ■ Helga Blümel vom Stadtjugendring ehrte Manuel Anastasi und sein Team für die Hausaufgabenbetreuung

von Grundschulern in sozialen Brennpunkten und ■ Burk Mertens vom *Radio Köln* die „Umweltkids“ aus Worringen, die sich unter der Leitung von Monika Erwens mit Reinigungs-Aktionen hervor getan hatten.

Den Sonderpreis erhielt die 6a der Hildegard-von-Bingen-Schule. In mühevoller Kleinarbeit hatten Jungen und Mädchen dieser Klasse den Felsengarten des Decksteiner Forts in Lindenthal bepflanzt und den Grünbereich gesäubert.

Fritz Schramma dankte den Teilnehmern und erinnerte bei der Gelegenheit an seine eigene ehrenamtliche Tätigkeit im Gefängnisbeirat, die wie viele andere wichtige Engagements vieler Bürgerinnen und Bürger noch vor wenigen Jahren ohne öffentliche Beachtung blieb und deshalb auch ohne Anreiz zur Nachahmung.

Richard Blömer freute sich, dass mit „Jugend 2002“ das Konzept der Partei, für die ehrenamtliche Arbeit „möglichst viel Nachwuchs zu mobilisieren“, so gut aufgegangen ist.



## CDU Erftkreis lobt **Bürgerpreis** aus

Auch in diesem Jahr lobt die CDU im Erftkreis wieder einen Bürgerpreis für freiwilliges Engagement aus. Der Bürgerpreis, der im letzten Jahr zum ersten Mal vergeben wurde, soll an Einzelpersonen, Gruppen, Projekte und Unternehmen verliehen werden, die sich besonders im ehrenamtlichen Bereich verdient machen. Bewerben können sich alle Menschen, die in lokalen Initiativen wie Sportverbänden, Kirchengemeinden oder Umweltinitiativen tätig sind. Dotiert ist der Preis mit 500 Euro.

# Heinrich-Wilhelm Ronsöhr mit 96.6 % als Landesvorsitzender **bestätigt**

Der Bundestagsabgeordnete und agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr ist mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als Vorsitzender des Landesverbands Braunschweig bestätigt worden. Die Delegierten des Landesparteitages wählten ihn mit einem Stimmenergebnis von 96,6 Prozent.

Mit ebenso großer Mehrheit wurde auch der Leittrag „Offensiv für unsere Region Braunschweiger Land“ verabschiedet. Darin formuliert sind die Arbeitsschwerpunkte für die nächste Legislaturperiode des Bundestages aus regionaler Sicht.



nur mit der Union eine gerechte Politik für den Mittelstand zu gestalten sei.

Insbesondere müsse auch die Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt verbessert werden, so der Landesvorsitzende in seiner Grundsatzerede. Bei wichtigen Themen, die beide Länder gleichermaßen betreffen, sei nur so etwas zu erreichen. „Sackgassen hatten wir in Deutschland lange genug. Die müssen endlich der Geschichte angehören“, erklärte Ronsöhr mit Bezug auf wichtige Verkehrsprojekte wie den Bau der A 39.

Für dieses Projekt sprach sich auch der Minister für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz

Daehre, aus. Er unterstrich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit – insbesondere unter Parteifreunden nach einem Regierungswechsel in Niedersachsen bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003.

## Spendensammlung für Hochwasseropfer

Daehre vertrat den Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer, der wegen des Elbehochwassers kurzfristig absagen musste, um bei den Betroffenen zu sein, wofür alle Verständnis hatten. Spontan initiierte Ronsöhr daher eine Sammlung zu Gunsten der Hochwassergeschädigten in Sachsen-Anhalt. **UD**

## Rolle des Mittelstands als Lastesel beenden

Obwohl die Wirtschaft in der Region auch von klassischer Industrie geprägt sei, müsse die Rolle des Mittelstands als Lastesel bei Steuern und Bürokratie endlich beendet werden, forderte Ronsöhr. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass



## HOCHWASSER

---

**Eine schnelle Lösung  
gibt es nicht**

Die aktuelle Sintflut lässt den Ruf nach schnellen Maßnahmen laut werden. Doch so einfach geht das nicht. Die von Rot-Grün viel gerühmte Ökosteuern ist für den Bürger teuer und für die Umwelt wenig ergiebig. Da viele auf das Auto angewiesen sind, ist sie vor allem eine Steuerquelle, ohne den Spritverbrauch und damit den klimaschädlichen Kohlendioxyd-Ausstoß nachhaltig zu senken. Die Ausnahmen für die besonders energieintensiven Wirtschaftszweige haben sogar den perversen Effekt, dass derjenige, der besonders umweltschädlich produziert, am wenigsten zahlt. Doch wer denkt, es reiche allein, die Ausnahme zu streichen, der irrt. Dann werden solche Unternehmen dazu animiert, ins Ausland abzuwandern, wo es diese Steuer nicht gibt. Das kostet hierzulande Arbeitsplätze und

bringt für das Klima nichts. Eine schnelle Lösung, die Bürger und Unternehmen nichts kostet und gleichzeitig ökologisch effizient ist, gibt es nicht.

Frankfurter Allgemeine

---

**Wetter wird nicht vom  
Menschen gemacht**

Jeder Versuch der UN, Naturkatastrophen den reichen Ländern anzulasten, wird deren Bereitschaft gefährden, an künftigen UN-Umweltvorhaben mitzuarbeiten. Manche Länder können sich ihre Umwelt nicht aussuchen: Die Tiefebene von Bangladesch und die Inseln der Karibik sind immer Monsunregen und Orkanen ausgesetzt. Verantwortliche Gesellschaften tun, was sie können, um sich zu schützen. Die reicheren haben Notfallpläne. Aber Gefahren können nie ganz ausgeschlossen werden. Ungewöhnliche Wetterlagen werden durch Verschmutzung, noch Rodung, Landmissbrauch und Umwelterstörung verschlimmert. Aber das Wetter selbst

wird nicht von Menschen gemacht. Times (London)

---

**Falschen Schuldzuweisungen misstrauen**

Einst beschuldigte man die Atombombe, das Klima zu stören, heute werden Kohlendioxyd und andere Treibhaus-Gase für alle Plagen, sintflutartigen Regenfälle, Überschwemmungen und Dürren verantwortlich gemacht. Die Menschen haben immer Gründe für die Launen von Mutter Natur gesucht – oder sie erfunden. Meteorologen und Klimaforscher des 21. Jahrhunderts sind leider in dieser schwierigen Wissenschaft (oder Kunst) kaum weiter als früher Schamanen und Priester. Man sollte denen misstrauen, die der Hand des Menschen die Schuld für den vermiesteten Sommer geben. Gleichzeitig sollten aber die Appelle sehr ernst genommen werden, radikale Schritte zur Begrenzung der schädlichen Auswirkungen der Industrie auf die Atmosphäre zu ergreifen. Libération (Paris)

## SCHRÖDER

### Chancen sinken

Sechs Wochen vor der Wahl sinken Schröders Chancen, seine SPD erneut zur stärksten Fraktion zu machen. Der Vorsprung der Union hat sich stabilisiert – weit über der Marke, die Sozialdemokraten selbst als in der Endphase des Wahlkampfes einholbar bezeichnet hatten. Die wirtschaftlichen Aussichten verschlechtern sich. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu.

Financial Times

### Die Zeichen stehen auf Niederlage

Es sieht nicht gut aus für die Regierung Schröder. Die Zeichen stehen auf Niederlage. Aus dem Sog derartigen Umfragetiefen hat sich sechs Wochen vor der Wahl noch keine Regierung retten können. Selbst vom Kanzler bestellte Auguren streiten nur noch über das Ausmaß der Niederlage. Da mag der

Generalsekretär beim Kadi Hilfe suchen, Schröder noch letzte Junkbonds für den Aufbau Ost aufstellen oder zum Entsetzen seiner Stäbe wie im Fieber über „deutsche Wege“ fantasieren. Schon signalisieren Notbeförderungen den Getreuen in den Machtzentralen: Die Flut, sie steigt, es rette sich, wer kann – weder Deichgraf Gerster noch Schimmelreiter Hartz können da noch helfen. Zu offensichtlich ist das wirtschaftspolitische Versagen von Rot-Grün.

Die Welt

## D G B

### Gewerkschaften rechnen mit Stoiber

Aus dem Wahlkampfgetöse der jüngsten Zeit lassen sich zwei bemerkenswerte Botschaften heraushören. Erstens: Die Gewerkschaften bereiten sich auf einen Wahlsieg der Unionsparteien vor. Und zweitens: Falls das Prinzip der parteipolitisch ungebundenen Einheitsgewerkschaft in der Nach-

kriegsgeschichte je galt, so steht es inzwischen offen zur Disposition. Keiner der beiden Befunde gibt allerdings Anlass zur Sorge oder gar zu politischer Empörung. Unmittelbar nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des DGB Ende Mai hat Michael Sommer noch große Verstimmung ausgelöst, als er in einem unvorsichtigen Nebensatz einen neuerlichen Wahlerfolg der rot-grünen Koalition in Zweifel zog. Mittlerweile plant der DGB nicht nur eine politische Großkundgebung am Vorabend des zweiten TV-Duells der Kanzlerkandidaten, das am 8. September stattfinden soll. Er droht zudem als Grußbotschaft an einen möglichen Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber, mit einem Protestmarsch ähnlich wie 1996 im Bonner Hofgarten gegen die Regierung Kohl. Offensichtlich schätzt man den Realitätsbezug der Sommer-Thesen aus dem Mai jetzt höher ein, auch wenn die Gewerkschaften selbstverständlich jeden Verdacht aktiver Parteinahme wie immer weit von sich weisen. Handelsblatt

## Die CDU-Wahlkampf-Spots in **ARD** und **ZDF** – Sendezeiten –

### Tag Datum Uhrzeit Sender

Montag	26. 8.	23:00	ARD
Dienstag	27. 8.	18:45	ZDF
Mittwoch	28. 8.		
Donnerstag	29. 8.		
Freitag	30. 8.	21:43	ARD
Samstag	31. 8.	17:50	ZDF

Sonntag 1. 9.

Montag	2. 9.		
Dienstag	3. 9.		
Mittwoch	4. 9.	22:45	ZDF
		23:00	
Donnerstag	5. 9.		
Freitag	6. 9.	21:43	ARD
		21:00	ZDF
		21:15	

Samstag 7. 9.

Sonntag 8. 9.

Montag	9. 9.		
Dienstag	10. 9.	17:41	ARD
		18:45	ZDF

Mittwoch	11. 9.		
Donnerstag	12. 9.		
Freitag	13. 9.		
Samstag	14. 9.	22:13	ARD

Sonntag 15. 9.

Montag	16. 9.	17:50	ZDF
Dienstag	17. 9.		
Mittwoch	18. 9.	21:43	ARD
Donnerstag	19. 9.		
Freitag	20. 9.	22:43	ARD
		22:45	ZDF
		23:00	

Samstag 21. 9.

Sonntag 22. 9.

## Die CDU-Wahlkampf-Spots im öffentlich-rechtlichen **Hörfunk**

### Tag Datum Uhrzeit Sender

Sonntag 25. 8. 15:50 MDR „JUMP“

Montag	26. 8.	15:05	WDR 2
Dienstag	27. 8.	10:55	Radio Bremen <sup>1</sup>
		7:55	SWR4 BW
		7:55	SWR4 Rhld-Pfalz

Mittwoch	28. 8.		
Donnerstag	29. 8.	13:05	WDR 4
		14:55	Radio Bremen <sup>1</sup>
Freitag	30. 8.	18:27	SFB
		12:55	SWR1 BW
		12:55	SWR1 Rhld-Pfalz
		11:27	Deutschland Radio

Samstag 31. 8.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE RUNDFUNKANSTALTEN

Sonntag	1. 9.	9:50	MDR „JUMP“	Donnerstag	12. 9.	11:27	Deutschland Radio
Montag	2. 9.	7:55	SWR4 BW	Freitag	13. 9.	14:55	Radio Bremen
		7:55	SWR4 Rhld-Pfalz			17:50	ORB
						19:27	SFB
Dienstag	3. 9.	10:55	Radio Bremen			16:55	SWR4 BW
		15:05	WDR 2			16:55	SWR4 Rhld-Pfalz
		11:50	ORB			11:58	NDR
		19:27	SFB				
Mittwoch	4. 9.	12:55	SWR1 BW	Samstag	14. 9.		
		12:55	SWR1 Rhld-Pfalz	Sonntag	15. 9.		
Donnerstag	5. 9.	17:50	ORB	Montag	16. 9.	13:05	WDR 4
		11:57	Deutschland Radio	Dienstag	17. 9.	11:50	ORB
		9:50	MDR „JUMP“			18:27	SFB
Freitag	6. 9.	13:05	WDR 4			14:58	NDR
		14:55	Radio Bremen	Mittwoch	18. 9.	17:57	Deutschland Radio
		11:27	Deutschland Radio			17:55	SWR1 BW
		5:27	SFB			17:55	SWR1 Rhld-Pfalz
Samstag	7. 9.	9:50	MDR „JUMP“			15:58	NDR
Sonntag	8. 9.			Donnerstag	19. 9.	14:27	Deutschland Radio
Montag	9. 9.	10:58	NDR			5:27	SFB
Dienstag	10. 9.	10:55	Radio Bremen			10:58	NDR
		15:05	WDR 2	Freitag	20. 9.	10:55	Radio Bremen
		17:50	ORB			13:05	WDR 4
		17:57	Deutschland Radio			17:50	ORB
Mittwoch	11. 9.	11:50	ORB			19:27	SFB
		17:55	SWR1 BW			7:55	SWR4 BW
		17:55	SWR1 Rhld-Pfalz			7:55	SWR4 Rhld-Pfalz
		12:58	NDR			12:58	NDR
				Samstag	21. 9.		
				Sonntag	22. 9.		

**Hinweis:** In den privaten Fernsehsendern werden zusätzlich über 300 Wahlkampfspots ausgestrahlt.



**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Günther Beckstein –  
kompetent für mehr Sicherheit.**

Bestell-Nummer: **25958**  
Preis je **200 Stück: 12,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,84 €

**Autogrammkarte  
Günther Beckstein**

Bestell-Nummer: **29959**  
Preis je **100 Stück: 5,00 €**  
inkl. MwSt.: 5,80 €

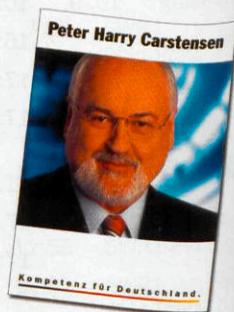


**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Peter Harry Carstensen –  
kompetent für Landwirtschaft.**

Bestell-Nummer: **25970**  
Preis je **200 Stück: 12,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,84 €

**Autogrammkarte  
Peter Harry Carstensen**

Bestell-Nummer: **29969**  
Preis je **100 Stück: 5,00 €**  
inkl. MwSt.: 5,80 €





**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Friedrich Merz –  
kompetent für gerechte Steuern.**

Bestell-Nummer: 25952  
Preis je **200 Stück: 12,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,84 €

**Autogrammkarte  
Friedrich Merz**

Bestell-Nummer: 29953  
Preis je **100 Stück: 5,00 €**  
inkl. MwSt.: 5,80 €



**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Katherina Reiche –  
kompetent für starke Familien.**

Bestell-Nummer: 25956  
Preis je **200 Stück: 12,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,84 €

**Autogrammkarte  
Katherina Reiche**

Bestell-Nummer: 29957  
Preis je **100 Stück: 5,00 €**  
inkl. MwSt.: 5,80 €



**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de



**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Annette Schavan –  
kompetent für bessere Bildung.**

Bestell-Nummer: **25954**  
Preis je **200 Stück: 12,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,84 €



**Autogrammkarte  
Annette Schavan**

Bestell-Nummer: **29955**  
Preis je **100 Stück: 5,00 €**  
inkl. MwSt.: 5,80 €



**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Wolfgang Schäuble –  
kompetent für ein verlässliches Deutschland.**

Bestell-Nummer: **25950**  
Preis je **200 Stück: 12,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,84 €



**Autogrammkarte  
Wolfgang Schäuble**

Bestell-Nummer: **29951**  
Preis je **100 Stück: 5,00 €**  
inkl. MwSt.: 5,80 €



**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Horst Seehofer –  
kompetent für einen stabilen Sozialstaat.**

Bestell-Nummer: 25960  
Preis je 200 Stück: 11,00 €  
inkl. MwSt.: 11,77 €

**Autogrammkarte  
Horst Seehofer**

Bestell-Nummer: 29961  
Preis je 100 Stück: 5,00 €  
inkl. MwSt.: 5,80 €



**Broschüre Kompetenz für Deutschland  
Lothar Späth –  
kompetent für kraftvollen Aufschwung.**

Bestell-Nummer: 25948  
Preis je 200 Stück: 11,00 €  
inkl. MwSt.: 11,77 €

**Autogrammkarte  
Lothar Späth**

Bestell-Nummer: 29949  
Preis je 100 Stück: 5,00 €  
inkl. MwSt.: 5,80 €



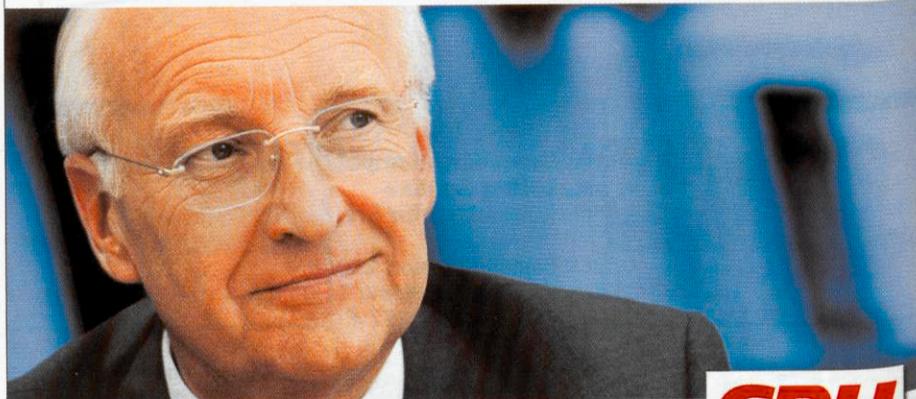
Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

## *Die neue Wandzeitung*

# Der Weg ist klar –



Zeit für Taten.

**CDU**

[www.zeit-fuer-taten.de](http://www.zeit-fuer-taten.de)

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.